

# Quarz-Abbau im Vorgebirge – eine unendliche Geschichte

Klaus Fietzek<sup>1</sup>

Der Quarz-Sand-Abbau im Vorgebirge hat eine lange Tradition. Schon im 19. Jhd. wurden die nahe der Oberfläche liegenden Breniger Quarz-**Sande** von der keramischen Industrie in Brühl, Frechen und Adendorf eingesetzt. Aber erst seit dreiunddreißig Jahren, seit 1975 hält dieses Thema die Bevölkerung des Vorgebirges in Atem. Und bis heute ist es den Bürgerinnen und Bürgern immer gelungen, falsche Entscheidungen zu verhindern.

In den Jahren **bis 1998** stand der Quarz-**Sand**-Abbau in der Breniger Grube im Gebiet zwischen Brenig und Botzdorf im Mittelpunkt; mit Beginn dieses Jahrhunderts verlagerte sich das Interesse der Abbau-Unternehmen auf die Förderung von tertiärem hochreinen weißen Quarz-**Kies** (s. unten S. 4); dabei geht es um Erweiterungen vorhandener Gruben, aber auch um Neu-Aufschlüsse. Heftigsten Widerstand gibt es insbesondere beim „Sonnenhof“, einem geplanten Neu-Aufschluss zwischen Weilerswist und Rösberg.

## Quarz-Sande: Die Breniger Grube

Wie fing es an? Ausgangspunkt war der von den **Bonner** Kommunal-Politikern festgestellte „Müll-Notstand“, der für den Zeitpunkt prophezeit wurde, wenn der Deponie-Raum in der Herseler Hausmüll-Deponie erschöpft sein würde. Für den Zeitraum danach bot sich die Verfüllung der Breniger Quarz-Sand-Grube geradezu an. Noch am 15. Mai 1974 hatte der Rhein-Sieg-Kreis in wasserwirtschaftlicher und landschafts-schützender Hinsicht keine Bedenken gegen diese Planung.

Da wurde den Eigentümern der Grube klar, dass sich ja unter dem vorgesehenen Deponie-Gelände noch ergiebige Quarz-**Sand**-Vorkommen befinden, deren Abbau lohnend erschien. Daher wurde die geplante Müll-Einlagerung vorerst verschoben, und am 28.11.1974 beantragten die Quarzwerke Bonn beim Bergamt Aachen die Zulassung eines Rahmen-Betriebsplanes zum Abbau von

Quarzsand für ein Gebiet, das mit der alte Breniger Grube begann

---

und sich in Richtung Heimat-Blick bis zur Essener Straße fortsetzen würde.

In diesem Antrag sollte die zuletzt vorgesehene Abbaufäche von 18 ha auf insgesamt 35,5 ha und die Abbau-Tiefe von 20 auf 45 m vergrößert werden. So hätte man mindestens die vierfache Menge **Quarz-Sand** abbauen können.

Verwaltungen und Politiker, nicht nur in Bornheim, sondern auch im Rhein-Sieg-Kreis und ganz besonders in der Stadt Bonn sahen damals nur die Vorteile dieser langfristigen Müll-Planung, von der auch die Stadt Bornheim mit ihrem Haus-Müll hätte profitieren können. Dagegen stieß dieses Großvorhaben der Bonner Quarzwerke in der Bevölkerung aufzunehmenden Widerstand. 1975 war die Geburts-Stunde einer Bürger-Bewegung, der es gelungen ist, die Bevölkerung auf Dauer so zu sensibilisieren, dass der Quarz-**Sand**-Abbau in Brenig nach menschlichem Ermessen nicht mehr stattfinden wird.

Es würde jeden Rahmen sprengen, diese vielen Ereignisse und Aktivitäten im einzelnen nachzeichnen zu wollen. Immerhin gibt es die überaus lesenswerte Dissertation von Dr. Michael Pacyna, in der auf 772 Seiten die Entwicklung bis 1995 in allen Einzelheiten beschrieben ist. Ich möchte mich daher in diesem Aufsatz auf zwei Aspekte beschränken:

### **Die Rolle, die der Widerstand der Bevölkerung spielte und woran ist das Projekt „Quarzsand in Brenig“ scheiterte.**

#### **Zunächst das Scheitern.**

Anfangs schienen sich alle Erwartungen der Bonner Quarzwerke zu erfüllen. Die Bergbehörden hatten dem Antrag auf Genehmigung des Rahmenbetriebsplanes stattgegeben; die Klage der Stadt Bornheim gegen diesen Bescheid wurde im September 1981 vom OVG Münster zurück gewiesen.

Der Rahmenbetriebsplan hatte jedoch von vorne herein den Mangel, dass das Abbau-Gelände nicht über öffentliche Straßen erreicht werden konnte. Und während der erbitterten Auseinandersetzungen um die Zuwegung veränderte sich die Technologie der Müll-Entsorgung. Die ersten Müll-Verbrennungsanlagen wurden gebaut, und am 19.

August 1994 erklärte der damalige RP Antwerpes sehr überraschend, aber sehr konsequent:

**„Es wird keine Deponie geben, und damit kann auch die Ausquarzung nicht erfolgen, und es bleibt so, wie es ist. Es ist zwar nicht schön, aber auch nicht schlecht.“**

Damit verlor der Abbau der Quarz-**Sande** in Brenig seine politische Rücken-Deckung. Im Juni 1999 wurde der Bescheid des Landes-Oberbergamtes Dortmund rechtskräftig, mit dem der Deponie-Antrag der Bonner Quarzwerke zurück gewiesen wurde. Der Rahmen-Betriebsplan für den Abbau von Quarz-Sand aus dem Jahre 1975 war aber immer noch existent.

Inzwischen sind die Quarzwerke Bonn insolvent. Der Insolvenz-Verwalter wurde von den Bergbehörden aufgefordert, einen Abschluss-Betriebsplan für die Grube Brenig zu erstellen, dessen Ausführung mit Kosten verbunden wäre. Dieser Aufforderung ist der Insolvenz-Verwalter bisher nicht nachgekommen. Die Bergbehörden zieren sich, eine Ersatz-Vornahme durchzuführen, weil sie dann die Kosten vorleisten müssten. Die seinerzeit von den Quarzwerken geleistete Sicherheit soll nämlich aus einer wertlosen Hypothek auf einem Grundstück im geplanten Abgrabungs-Gebiet bestehen, so dass auch hier wieder einmal die Risiken privater Geschäftstätigkeit vom Steuerzahler zu tragen sind.

Letztlich scheiterte der Abbau von Quarz-Sand in der Breniger Grube an einem Randthema, der Zuwegung. Eigentlich hätte das Projekt daran scheitern müssen, dass es für den Abbau gerade in Brenig keine volkswirtschaftliche Notwendigkeit gab. Quarz-**Sand** gibt es in der Republik in Hülle und Fülle. Die Gesamt-Vorräte der Breniger Grube entsprechen der Menge an Quarz-Sanden, die damals von der Quarzwerke GmbH jährlich in Frechen gefördert wurden. Hinzu kommt, dass wichtige Absatzgebiete wie z.B. die Glas-Herstellung oder Form-Sande in der Gießerei-Technik durch das Recycling an Bedeutung verloren hatten.

### **Der Widerstand der Bevölkerung**

Aus der 1975 entstandenen Bürgerinitiative gegen den Quarz-Sand-Abbau entstand 1985 der Landschafts-Schutzverein Vorgebirge (LSV), der sich sehr bald zum überaus effektiven Sprachrohr der

betroffenen Bevölkerung entwickelte. Nach einigen Schwierigkeiten in der Anfangsphase stabilisierte sich ein Mitgliederstamm, der mit 150 engagierten Bürgern begann und bis heute auf etwa 300 Mitglieder angewachsen ist. Daneben wuchs ein Vorstand zusammen, der ohne große Änderungen auch heute noch besteht. Es gelang ihm, in diese Bürgerbewegung Wissenschaftler und Spezialisten der verschiedensten Fach-Richtungen einzubinden. Mit deren Hilfe konnte eine große Zahl von Gutachten, Referenden, Presse-Erklärungen, Eingaben und z. B. 1988 die zweite Auflage einer „grünen Bibel“ veröffentlicht werden. Diese 84 Seiten starke Dokumentation

wurde ebenso wie die Dissertation von Dr. Michael Pacyna sehr schnell Beratungs-Unterlage in Behörden und Gremien, in Kreistagen und Kommunal-Parlamenten. Sie wurde in den Verfahren der Verwaltungsgerichte zitiert. Ein hoher Beamter der Kreisverwaltung äußerte einmal sinngemäß: „Fachleute wie die vom LSV gibt es bei uns nicht!“

Der Widerstand der Bevölkerung erhitze sich an einer Episode besonders. Ohne Information und Beteiligung der Stadt Bornheim und des Rhein-Sieg-Kreises hatte das Bergamt Aachen im Januar 1994 innerhalb des Geländes des immer noch gültigen Rahmenbetriebsplanes einen Neu-Aufschluss im „Abbaufeld Süd-Ost“<sup>2</sup> genehmigt. Während im Rahmenbetriebsplanes von 1975 die Zwischenlagerung der quartären braunen Deck-Kiese auf dem Abbau-Gelände für eine spätere Rekultivierung vorgesehen war, wurde jetzt der Abtransport mit der Begründung gestattet, es handle sich bei einem Quarzanteil von 80,3% um ein hochwertiges Produkt, das (wegen seines Quarz-Anteils über 80%) geeignet zur Herstellung von Feuerfest-Erzeugnissen geeignet sei.

Dieses „hochwertige Produkt wurde dann auf die andere Rheinseite als Schütt-Material für die rechts-rheinische ICE-Trasse transportiert. Die Kolonnen der Schwerst-LKW's quälten sich durch die engen Straßen des Roisdorfer Oberdorfes Die Bevölkerung war empört und beschilderte die Transport-Wege mit Protest-Plakaten und „Roten Karten für Heres“<sup>3</sup>. Der Widerstand der Bevölkerung fand ein überaus reges Echo in den Medien. Der LSV konnte viele neue Mit-

---

<sup>2</sup> Das Gebiet nördlich der Essener Straße

<sup>3</sup> Hans Heres war damals Mehrheits-Gesellschafter der Bonner Quarzwerke

glieder gewinnen, und als Spätfolge wurde dann im Herbst 1998 auf Anregung des LSV das „Kuratorium Rettet das Vorgebirge“ gegründet.

Gründungs-Mitglieder waren acht an Landschafts- und Naturschutz interessierte lokale Vereine, darunter auch der Bornheimer Heimat- und Eifel-Verein<sup>4</sup>. Das Kuratorium rief die Bevölkerung zu Spenden auf, revanchierte sich mit einer „Heimat-Aktie“ und erwarb mit den Geldern Grundstücke im „Bergbau-Revier“. Der Protest der Bevölkerung fand dann seinen Höhepunkt in der **Petition**, die, von 13.000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet, am 24. März 2000 dem Petitions-Ausschuss des Landtages zugeleitet wurde. Diese Petition kennzeichnete einen Höhepunkt der Bürger-Bewegung und sorgte langfristig dafür, dass Politiker und Genehmigungs-Behörden viel sensibler für den Konflikt zwischen Natur-Erhaltung und Abbau-Interessen wurden.

Mindestens ebenso wichtig aber war die kontinuierliche und hoch professionelle Öffentlichkeits-Arbeit des LSV, mit der die Themen in der Bevölkerung wach gehalten wurden, und unsere ständige Informations-Arbeit für unsere Abgeordneten in allen Gremien, ohne die die Politik das Interesse an der Erhaltung unserer Umwelt verloren hätten.

### **Hochreiner weißer Quarz-Kies auf dem Sonnenhof**

In dieser **Petition** ging es nicht mehr nur um den Quarz-**Sand** aus der Breniger Grube, sondern auch um die tertiären hochreinen<sup>5</sup> weißen Quarz-**Kiese**. Dieser Bodenschatz wird seit langem von den Quarzwerken Witterschlick, von den im „Süd-Revier“ tätigen Unternehmen<sup>6</sup> sowie nord-östlich von Weilerswist von den Rheinischen Baustoff-Werken, einer Rhein-Braun-Tochter, abgebaut, die zwischen 100.000 und 200.000 Tonnen pro Jahr fördert. Von Versorgungs-Schwierigkeiten war nie die Rede. Dieses Thema kam erst ab etwa 1995 ins Blickfeld, als mehrere Unternehmen versuchten, Genehmigungen für Neu-Aufschlüsse auf der Höhe des Vorgebir-

---

<sup>4</sup> HuEV und LSV sind schon lange freundschaftlich verbunden. Sie sind gemeinschaftliche Eigentümer eines Grundstückes auf dem Bornheimer Horst.

<sup>5</sup> Hochrein weiß bedeutet: Keine Eisen-Beimischungen und ein Quarz-Anteil von mehr als 98%!

<sup>6</sup> Die Grube Flerzheim wird von den Rheinbacher Kieswerken, einer Strabag-Tochter, betrieben; die Quarzwerke Witterschlick gehören heute den Quarzwerken in Frechen.

ges und für Erweiterungen im Süd-Revier in der Nähe von Buschhoven zu erreichen. Das führte im Jahre 2000 zur Gründung des Landschafts-Schutzverein Kottenforst (LSK). Einen Höhepunkt erreichten diese Bemühungen aber, als ein neuer Akteur mit einem Paukenschlag die Spielfläche betrat, die Firma EuroQuarz aus Dorsten mit (sinngemäß) folgender Campagne:

„Ihr Bornheimer Bürger sitzt auf einem wertvollen Bodenschatz, der gehoben werden muss, um Euch alle reich zu machen. Euer hochreiner weißer Quarzkies ist das Rohmaterial, aus dem man Silizium herstellen kann, und von der ausreichenden Verfügbarkeit dieses wertvollen Metalls hängt die weitere Entwicklung der Solar- und Computer-Industrie ab“.

Diese Aussage war zwar richtig, beleuchtete allerdings nur einen Teil-Aspekt der Thematik. Es fehlte der wichtige Hinweis, dass man für eine Silizium-Produktion in erster Linie eine sehr aufwendige Hochleistungs-Technologie sowie sehr billigen Strom braucht, und dass die Kosten des

Ausgangs-Materials bei diesem teuren Herstellungs-Verfahren eine nur marginale Rolle spielen.

Die an einem Abbau interessierten Firmen, unterstützt durch Industrie- und Handelskammern und Wirtschafts-Verbände, entwickelten nun zur Durchsetzung ihrer Interessen ein Mangel-Szenario, in dem sie einen Bedarf von 700.000 Jahres-Tonnen errechneten, der dann für den Bedarf der Silizium-Industrie auf 1 Mio Tonnen/Jahr aufgerundet wurde. Bis heute ist unklar, ob diese Menge den Bedarf der heimischen Industrie im Kölner Regierungs-Bezirk, in Nordrhein-Westfalen oder in der Bundesrepublik decken soll, oder ob es sich gar um eine Menge handelt, die man auf dem Weltmarkt und dort besonders bei unseren westlichen Nachbarn verkaufen kann; die gehen nämlich mit der Genehmigung von Kies-Abbau-Gebieten sehr restriktiv um.

Diese Abbau-Vorhaben müssen natürlich genehmigt werden. Anders als bei oberflächen-nahen Kiesgruben sind hierfür die Bergbehörden zuständig; die sind allerdings an Regional-Pläne gebunden, die von der Bezirks-Regierung aufgestellt und vom Bezirks-

Planungsrat genehmigt werden. Ein Regional-Plan stellt fest, an welchen Stellen Bergbau genehmigt werden darf.

Ein im Regional-Plan dargestelltes Abgrabungs-Gebiet kann als „Konzentrations-Zone ausgewiesen werden. Das bedeutet:

Ein im Regional-Plan als Konzentrations-Zone ausgewiesenes Bergbau-Gebiet für hochreinen weißen Quarzkies verhindert, dass im Planungsgebiet andere Genehmigungen für den Abbau dieses Bodenschatzes erteilt werden dürfen.

Dieser Aspekt ist gerade in unserer Gegend von höchster Bedeutung, weil nicht nur auf der Höhe des Vorgebirges, sondern auch im Süd-Revier die Erweiterung von Abbau-Gebieten mit großer Intensität angestrebt wird. Kommt es nicht zu einer Konzentrations-Zone, so stehen den ohnehin stets bergbau-freundlichen Berg-Behörden fast keine Gründe mehr zur Verfügung, eine Genehmigung zu versagen; eine „Durchlöcherung des Vorgebirges wie ein Schweizer Käse“ ist dann nicht mehr zu verhindern.

Nun gibt es in aber in den Landesgesetzen gewisse Vorschriften für die Eintragung dieser Konzentrations-Zonen in einen Regional-Plan. Sie ist nur dann rechtmäßig, wenn eine Abbau-Fläche für den Bedarf der nächsten 25 Jahre und außerdem eine Reserve-Fläche für die dann folgenden 25 Jahre dargestellt wird<sup>7</sup>. Je höher die Planungs-Behörde den Bedarf ermittelt, umso größer müssen also die ausgewiesenen Flächen sein, die im Regional-Plan ausgewiesen werden. Dieser Zusammenhang erklärt das oben dargestellte große Interesse der Abgrabungs-Industrie an einem hohen Bedarf.

Hiermit ist die Ausgangs-Situation beschrieben, unter der in den Jahres 2001 - 2002 die Auseinandersetzungen um den Abbau des hochreinen weißen Quarzkieses in ihre heiße Phase traten. Für den LSV und den LSK stellte sich zunächst die Frage, ob man grundsätzlich jeden Abbau von hochreinem weißen Quarzkies wegen des absoluten Vorranges von Natur- und Landschafts-Schutz und Erholungs-Funktion im Naturpark Rheinland ablehnen sollte. Selbstverständlich hätten wir das bejaht, wenn es diesen Bodenschatz an

---

<sup>7</sup> Die Landesregierung beabsichtigt, diese Frist auf zwei mal 15 Jahre zu reduzieren. Aktuell gelten aber noch 2 x 25 Jahre.

anderen Stellen gäbe, wo er mit weniger Eingriffen in diese Schutzgüter hätte gefördert werden können.

Zweifellos fallen beim Braunkohlen-Abbau große Mengen dieser hochwertigen tertiären weißen Kiese an. Wir haben jedoch bald die Aussichtslosigkeit unserer Bemühungen erkennen müssen, irgendeinen Einfluss auf Rhein-Braun und seine auf Riesen-Bagger orientierten Produktions-Verfahren zu nehmen, und das, obwohl die Landes-Gesetze „den gebündelten Abbau von Bodenschätzen“ vorschreiben. Dem geologischen Landesamt NRW sind keine Vorkommen bekannt, weil danach nie gesucht wurde, und die Ausbeutung bekannter Vorkommen z. B. unter dem Bliesheimer Autobahn-Kreuz scheitert an der offenkundigen Unmöglichkeit, vier Autobahnen zu verlegen. Aus diesem Grund hat sich die Bürgerbewegung unter Führung von LSV und LSK dazu durch gerungen, einer Ausweisung von Abbau-Gebieten grundsätzlich zuzustimmen, diesen Eingriff aber auf ein absolut notwendiges Maß zu beschränken.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir **zunächst das Bedarfs-Szenario** untersucht. Der Diplom-Geologe Dr. Michael Veerhoff hat, ausgehend von den Tabellen, die von der Bezirksregierung zur Bedarfsermittlung abgedruckt wurden, die dort aufgeführten Einzel-Positionen mit Hilfe von Hersteller-Rückfragen und Internet-Recherchen daraufhin untersucht, ob der Einsatz dieser eindeutig seltenen Quarz-Kiese für die angegebenen Einsatzgebiete unverzichtbar ist. Sein Ergebnis:

In vielen Fällen werden Quarz-**Sande** eingesetzt, in anderen Fällen sind Ersatz-Stoffe möglich. Die wichtigsten Einsatz-Gebiete sind Filterkiese zur Wasser-Aufbereitung. Veerhoff schätzt den Jahres-Bedarf auf 171.000 Tonnen/Jahr. Hingegen haben die Rheinischen Baustoff-Werke erklärt, der

Bedarf lasse sich bei einer Verknappung des Angebotes auf 125.000 Tonnen/Jahr reduzieren. Die Bezirks-Regierung geht jetzt von einem nicht näher spezifizierten Bedarf von 280.000 Tonnen/Jahr aus.

Die nächste Frage, der wir uns dann genähert haben, war:

Mit welchem Gebiet als Konzentrations-Zone lässt sich eine Bedarfs-Prognose decken, die je nach Standpunkt zwischen 125.000 und 280.000 Tonnen/Jahr variiert.

Die Antwort kann nur gefunden werden, wenn die einzelnen in Frage kommenden **Lagerstätten** darauf untersucht werden, wie hoch dort der **Anteil an hochreinem weißen Quarzkies** ist. Dabei ist natürlich entscheidend, ob die Lagerstätte ausschließlich dieses Materials enthält, ob sich Schichten unterschiedlicher Qualitäten abwechseln, ob diese Schichten höhenbeständig sind.

Die Genehmigungs-Behörden neigen dazu, diese Frage mit einer pauschalisierten Berechnung (Breite x Länge x Standard-Tiefe) zu beantworten. Wegen der Schwere des Eingriffs in Natur und Umwelt im Vorgebirge und wegen der wenigen bekannten Lagerstätten kam dieser Ansatz für uns nicht in Frage. Von allen in Frage kommenden Gebieten liegt eine große Zahl an Bohrproben vor. Daher bietet es sich an, diese Bohrproben darauf hin zu untersuchen, wie stark die hochwertigen tertiären weißen (A-Qualität), die leichter gefärbten tertiären gelben (B-Qualität) bzw. die minderwertigen quartären braunen Schichten (C-Qualität) vertreten sind, um daraus zu berechnen, wie viel hochreine weiße Quarzkiese die Lagerstätte enthält, und wie groß der Flächenverbrauch ist, um eine Tonne A-Qualität zu fördern.

Diese Frage hat Veerhoff im Auftrag von LSV und LSK in einem **zweiten Gutachten** beantwortet. Kern-Aussage des Gutachtens ist, dass das bereits erschlossene Vorkommen in Weilerswist-Nord fast ausschließlich aus einer ununterbrochenen Schicht der A-Qualität besteht. Für diese Feststellung braucht man eigentlich kein Gutachten; sie drängt sich einem unvoreingenommenen Betrachter der Bohrkerne geradezu auf. Hingegen sind die Vorkommen des Südeviers und des Sonnenhofes dadurch gekennzeichnet, dass braune, gelbe und weiße Schichten sich abwechseln; sie reichen teilweise bis ins Grundwasser hinab oder sind, besonders beim Sonnenhof, nicht höhenbeständig. Auf der Grundlage dieser Berechnungen kommt der Gutachter zum Ergebnis, dass sich bei Annahme eines Jahres-Bedarfs von 125.000 Tonnen durch eine Erweiterung

des vorhandenen Abbau-Gebietes Weilerswist-Nord um 6 ha eine Konzentrations-Zone ausweisen ließe, die den Bedarf für etwa 50 Jahre abdecken könnte. Das Vorkommen „Sonnenhof“ wäre bei gleichen Voraussetzungen nach 22 Jahren erschöpft.

Bei Weilerswist-Nord handelt es sich um eine voll erschlossene Betriebs-Stätte mit Aufbereitungs-Anlage für tertiäre Kiese (A- und B-Qualität) und einer Verkehrs-Anbindung, die die Wohngebiete nicht tangiert. Hingegen müsste für den Sonnenhof eine neue Aufbereitungs-Anlage gebaut werden. Der Abtransport würde dann u. a. durch die engen Straßen des Vorgebirges oder durch Metternich erfolgen. Die Verkehrsbelastung beim Sonnenhof erhöht sich insbesondere deswegen auf das 2,5-fache, weil für die Förderung von 37% A-Qualität außerdem noch 63% B- und C-Qualitäten abtransportiert (und aufbereitet) werden müssen. Wir sind daher der Ansicht, dass der hochreine weiße Quarzkies für EuroQuarz nur ein Vorwand ist, um in dieser hoch-attraktiven Ballungs-Zone zwischen Köln und Bonn in das ganz normale Kiesgeschäft einsteigen zu können<sup>8</sup>.

Allerdings würden bei einer Ausweisung von Weilerswist-Nord etwa 6 ha des insgesamt 725 ha großen FFH-Gebietes<sup>9</sup> in Anspruch genommen, das nach Brüssel gemeldet wurde und durch europäisches Recht geschützt ist. In den uns vorliegenden juristischen Gutachten wird aber überzeugend nachgewiesen, dass ein derartiger Eingriff ohne Einschaltung von Brüssel zulässig wäre, weil die Schutz-Ziele nicht entscheidend beeinträchtigt werden, und weil der Betreiber umfangreiche Ausgleichs-Maßnahmen angeboten hat.

### **Wie plant denn eine Bezirks-Regierung?**

Eigentlich hätte man vermuten können, die Bezirksregierung wäre auf Grund dieser Sachlage zum Ergebnis gekommen, Weilerswist-Nord als Konzentrationszone auszuweisen, das schon deswegen, weil im „Südrevier“ Vorkommen an hochreinem weißen Quarzkies bereits genehmigt sind, die zur Bedarfs-Deckung noch abgebaut werden können. Stattdessen hatte sich die Bezirks-Regierung sehr früh auf den Standort Sonnenhof festgelegt:

---

<sup>8</sup> Nähere Einzelheiten in [WWW.LSV-Vorgebirge.de](http://WWW.LSV-Vorgebirge.de) unter „LSV-Texte“ bzw. „Presse“

<sup>9</sup> Ein FFH-Gebiet basiert auf europäischer Gesetzgebung, die die Nationalstaaten verpflichtet, besondere Schutzgebiete für spezielle Lebensräume und Arten einzurichten.

Obwohl der Petitions-Ausschuss und am 4. April 2003 der Regionalrat es abgelehnt hatten, im Bereich zwischen Bornheim und Weilerswist neue Kies-Abgrabungsflächen auszuweisen, hielt die Bezirksregierung an

ihrem Ziel fest, das Gebiet Sonnenhof als Konzentrationszone im Regional-Plan darzustellen. Am 14. Mai 2004 lehnte der Regionalrat diesen Vorschlag ab. Am 24. Juni 2005 startete die Bezirksregierung einen neuen Versuch, der am 23. Juni 2006 vom Regional-Rat erneut einstimmig abgelehnt wurde; er beschloss hingegen mit großer Mehrheit ein Erarbeitungsverfahren mit dem Ziel, eine Ausweisung der Norderweiterung von Weilerswist-Nord als Konzentrations-Zone einzuleiten.

Völlig unberührt von diesem Votum der Volksvertreter kam der Vorschlag „Sonnenhof“ am 13. Juni 2008 erneut auf die Tagesordnung des Regionalrates. Die Bezirks-Regierung begründete ihre nicht nachvollziehbare Position mit einer einzigen neuen Bohrung am Rande des Abbau-Feldes, die eine Verbesserung der Lagerstätten-Qualität von „mittel“ auf „hoch“ rechtfertigen sollte, und mit der lapidaren Behauptung, die FFH-Regeln würden jede Erweiterung von Weilerswist-Nord verbieten.

Inzwischen hatte sich jedoch wichtiges geändert. Zur Insolvenzmasse der Quarzwerke Bonn gehörten neben der Breniger Grube auch die Quarzwerke Witterschlick. Auch hier wurde in der Vergangenheit hochreiner weißer Quarzkies gefördert. Alle Versuche, diese Grube durch den Wald auf Buschhoven hin zu erweitern, waren in der Vergangenheit gescheitert. Dieses Unternehmen wurde 2008 an die Frechener Quarzwerke verkauft.

Damit betrat ein weiterer überaus potenter Mitspieler die Bühne, der jetzt versucht, die Grube Richtung Süd-Osten ins freie Feld zu erweitern; dieser Erweiterung müsste kein Wald geopfert werden. Der potentielle Betreiber hat, gestützt auf umfangreiche Bohrungen, ein Gutachten vorgelegt, das nach einer ähnlichen Systematik wie das von Veerhoff aufgebaut zum Ergebnis kommt, dass hier mit einem Anteil von 91,5% A-Qualitäten gefördert werden können. Damit bietet dieser Aufschluss ähnliche Qualitäten wie Weilerswist-Nord.

Diese Lagerstätte wurde erst kurz vor der Sitzung des Regionalrates am 13. Juni ins Spiel gebracht. Damit hatte der Regionalrat einen dritten Grund, die Vorschläge der Bezirks-Regierung abzulehnen. Nie hält eine Konzentrations-Zone gerichtlichen Überprüfungen stand, wenn nicht alle in Frage kommenden Gebiete sorgfältig miteinander verglichen wurden, oder wenn die Entscheidung für einen bestimmten Standort deutliche Abwägungs-Fehler erkennen lässt.

Wie schon bei früheren Sitzungen des Regionalrates war am 13. Juni 2008 eine große Abordnung aus dem Vorgebirge anwesend, als das Thema „Änderung des Regionalplans“ aufgerufen wurde. Der Regierungs-Präsident war persönlich anwesend und vertrat die Position seiner Behörde, machte allerdings überhaupt keinen Versuch mehr, den Sonnenhof als denkbare Konzentrations-Zone zur Deckung eines 50-Jahre-Bedarfs zu verteidigen; bei dem von der Bezirks-Regierung angenommenen Jahres-

Bedarf von 280.000 To würden die Vorräte gerade einmal 11 Jahre ausreichen. Auch war in den Vorlagen der Bezirks-Regierung plötzlich nicht mehr von „hochreinem“, sondern nur noch von weißem Quarzkies die Rede, so dass man den Eindruck haben konnte, der Vorschlag der Bezirksregierung solle nur noch den Abbau der im Sonnenhof vorhandenen minderen Qualitäten rechtfertigen.

Die Abgeordneten im Regionalrat vertraten ihre ablehnenden Positionen mit Emotion. Bürgerinnen und Bürger sowie die Presse kamen voll auf ihre Kosten. Einstimmig forderten die Parteien den Regierungspräsidenten auf, bis zur nächsten Sitzung im Dezember

die FFH-Problematik in Weilerswist-Nord sorgfältig zu überprüfen und den Sonnenhof, was hochreinen weißen Quarzkies betrifft, mit allen bekannten Lagerstätten, so insbesondere auch mit Weilerswist-Nord und Witterschlick-Süd zu vergleichen.

Am 19. September 2008 stand dann das Thema erneut auf einer Sitzung des Regionalrates, die in Aachen stattfinden sollte. Niemand hatte eine Vorstellung davon, welche Neuigkeiten die Bezirks-Regierung zur Sache vortragen würde. Dieser Tagesordnungspunkt wurde dann zwei Tage vor der Sitzung gestrichen.

Wie wird es auf der Sitzung des Regionalrates am 13. Dezember 2008 weiter gehen?

In der Vergangenheit hat die Bürger-Bewegung gelernt, wie wichtig es ist, „ihr Ohr auf den Schienen zu haben“, um künftige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Besonders am Beispiel Brenig haben wir gelernt, wie wichtig ein langer Atem ist. Ein Viertel-Jahrhundert dauerte diese Auseinandersetzung.

**Aber:**

Solange keine falschen Entscheidungen fallen, und solange die Bevölkerung unsere Bewegung unterstützt, ist das Vorgebirge nicht verloren!

Das Manuskript wurde am 15. November abgeschlossen.